Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

10 Goldpfennig = 100 Milliarden Papiermark.

Sonnabend,
2. August 1924

Ehredaktteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 50—52. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—86, 8080—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Wochenpreis (Sonntag bis Sonnabend) 1.— Goldmark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 228. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

2. B. m. Nr. 360 100 Milliarden
63. Jahrgang.

Vertagung der französischen Kammer

Der Kampf zwischen Kammer und Senat.

sk. Paris, 1. 8. (Eigenbericht.)

Die französischen Kammern beendeten heute ihre sehr kurze Sitzungsreihe und vertagten sich dann. Die Sozialisten, wenn sie wieder einberufen werden, obliegt den betreffenden Ausschüssen. Die Session allt jedoch nicht als geschlossen; denn die Regierung hat das Versprechen gegeben, den Schluß nicht früher auszusprechen, bevor sie nicht die Ergebnisse in London übersehen kann, und das kann noch immer lange genug dauern.

Wenn man das Geschick der vier Sitzungstage ins Auge faßt, scheint der Kampf zwischen Senat und Kammer besonders hervorzutreten. Da die drei wichtigsten Minister in London sind, steht den beiden Kammern keine wirkliche Regierung gegenüber. Das Hauptinteresse war dem Umstand zugewendet, ob der Senat es wagen werde, sich dem stürmischen Verlangen der Kammer nach abschließender Beratung des Mieterschutzgesetzes zu widersetzen. Der Senat hat dies nun klar und offen getan.

Trotz scharfer Mahnungen der Minister verschloß er sich, und er machte nur die eine Konzession, daß er der Regierung den weiteren Gebrauch des Begnadigungsrechts gestattete.

In der Frage des Weiterschutzes hat der Senat den Vorschlag der Kammer ziemlich arg verstümmelt.

Die Kammer erreichte auch die Annahme des Gesetzes, wonach die Leiche des bekannten Sozialistenführers Jaurès in das Pantheon überführt werden soll.

Dr. Schacht in Zürich.

d. Basel, 1. 8. (Eigenbericht.)

Wie den „Baseler Nachrichten" aus Zürich gemeldet wird, soll sich Reichsbankpräsident Schacht in den letzten Tagen in Zürich aufgehalten haben, um mit den Behörden der Nationalbank über die Bestimmung des schweizerischen Vertreters im Verwaltungsrat der künftigen deutschen Emissionsbank zu unterhandeln. Ursprünglich waren in Aussicht genommen von schweizerischer Seite die Bankiers Dubois und Julius Frey. „Es scheint", so schreibt das Blatt, „beschlossen worden zu sein, im Interesse des Verwaltungsrats der künftigen Emissionsbank, die ausländischen Vertreter aus den Kreisen der Staatskontrolbank zu bestimmen. Unter diesen Umständen sei es dem Vernehmen nach wahrscheinlich, daß Generaldirektor Pachmann von der Schweizerischen Nationalbank als schweizerisches Mitglied im Verwaltungsrat der deutschen Emissionsbank bestimmt werden wird. Die Bezeichnung liege den deutschen Organen ob. Es ist zweifellos", fügt das Blatt hinzu, „daß die Bezeichnung eines maßgebenden schweizerischen Fachmannes im Verwaltungsrat der Emissionsbank für die schweizerischen Interessen von erster Bedeutung sein werde."

Hughes in Berlin.

Der amerikanische Staatssekretär Hughes wird am Sonntag, den 3. August, gegen 7 Uhr vormittags, auf dem Bahnhof Friedrichstraße eintreffen. Botschafter, der amerikanische Botschafter in Berlin, wird den Staatssekretär an der Spitze seiner Botschaft empfangen. Von deutscher Seite wird voraussichtlich Dr. Stresemann bei der Ankunft Hughes' auf dem Bahnhof zugegen sein. Am Sonntag mittag hat Reichspräsident Ebert den Staatssekretär Hughes zum Frühstück eingeladen. Voraussichtlich wird Hughes am Montag noch in Berlin bleiben.

Sitzung der Repko.

schw. London, 1. 8. (Eigenbericht.)

Die Konferenz der Reparationskommission sagte heute früh halboffiziell. Sie hat aber trotz dieser unbestimmten Mitteilung offiziell den Bericht des Organisationskomitees über die neue Goldnotenbank, Eisenbahn- und Industrieobligationen entgegengenommen. Die Reparationskommission hat sich mit diesem Bericht, namentlich soweit er die Goldnotenbank und die Eisenbahn betrifft, direkt unzufrieden erklärt und den Sachverständigen die weiteren zu beantwortenden Fragen vorgelegt. Am Montag wird ein sehr wichtiger Bericht erwartet über die Kontrolle der Monopole und Steuern, die das deutsche Budget nach dem Dawes-Plan als Zahlung übertreten soll.

Stützel über das Verbot politischer Parteien.

Bayerische Regierung gegen Reichstag.

Am Schluß der gestrigen Bayerischen Landtagssitzung, über die wir auf Seite 2 berichten, erklärte der Innenminister Stützel in Beantwortung der Interpellation des Bayerischen Blocks, in der die Aufhebung des Verbotes der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Kampfvereinigungen gefordert wird: Der tragische Reichstagsbeschluß bezieht sich nur auf das Verbot der politischen Parteien, nicht aber auch auf das Verbot der Wehrverbände. Die bayerische Regierung sei der Auffassung, daß der Reichstag nur das Recht habe zu verlangen, daß der Ausnahmezustand aufgehoben werde, nicht aber das Recht, die Aufhebung von einzelnen Anordnungen des Ausnahmezustandes zu fordern.

Die bayerische Regierung werde sich daher, da ihr der Reichstagsbeschluß amtlich übermittelt werde, auf den Standpunkt stellen, daß der Reichstagsbeschluß auf Aufhebung der Parteiverbote eine Ueberschreitung der Zuständigkeit des Reichstags darstelle, und daß die bayerische Regierung nicht verpflichtet sei, diesem Verlangen nachzukommen. Die bayerische Regierung habe Grund zu der Annahme, daß diese Reichstagsauffassung auch von der Reichsregierung geteilt werde. Es liege um so mehr Anlaß vor, diesen Standpunkt einzunehmen, damit nicht etwa Konsequenzen für die Zukunft daraus gezogen würden, und der Reichstag später derartige Beschlüsse faße, die zu einem Konflikt zwischen Bayern und dem Reiche führen müßten, den Bayern vermeiden sehen möchte.

Die bayerische Regierung sei aber bereit, ohne Rücksicht auf den Reichstagsbeschluß eine Prüfung der Frage vorzunehmen, ob es möglich sei, der Aufhebung des Verbots der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei näherzutreten, wenn sie mit der Wahrung der Staatsinteressen vereinbar erscheine.

Neues englisches Zurückweichen.

Einigung in der Besetzungsfrage.

London, 1. 8. (W. T. B.) Wie verlautet, findet morgen vormittag um 11 Uhr eine Vollsitzung der Konferenz statt.

London, 1. 8. (W. T. B.) Unterrichtete Kreise sind der Ansicht, daß der Beschluß, morgen eine Vollsonferenz abzuhalten, bedeutet, daß die Einladung an Deutschland spätestens morgen erfolgt.

s. London, 1. 8. (Eigenbericht.)

Wie haben in den letzten Tagen wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Verhandlungen über die Garantiefrage im Zusammenhang mit den privaten Besprechungen über die militärische Offiziation zu betrachten seien, die sich hinter den Kulissen der offiziellen Konferenz abspielen. Man sagt daher nicht übereinstimmen, daß jetzt, nachdem eine vorläufige Verständigung über die Garantiefrage erzielt worden ist, in sehr bestimmter Form Nachrichten auftreten, daß sich Mac Donald und Herriot nun auch endgültig über die Besatzungsfrage geeinigt haben. Tatsächlich liegen die Dinge offenbar so, daß die geplante Verständigung über den französischen Vermittlungsvorschlag nur den Teil einer großen Vereinbarung bildet, die sich auf einen Ausgleich zwischen den englischen und französischen Rheinlandinteressen bezieht.

Wirklichkeit ist es angebracht, kurz zu wiederholen, wie sich diese Fragen entwickelten. Mac Donald richtete bekanntlich vor mehreren Tagen einen Brief an Herriot, in dem er darauf hinwies, daß die Anwesenheit französischer Truppen im Ruhrgebiet nach der wirtschaftlichen Räumung keine Begründung mehr habe und daß er deshalb auch die baldige militärische Räumung vorschlage. Zugleich faßt Mac Donald in den privaten Besprechungen den französischen Ministerpräsidenten wissen, daß England die Kölner Zone vertragsmäßig im Januar nächsten Jahres räumen werde. Auf dieser Grundlage entwickelten sich bei den privaten Besprechungen langwierige Verhandlungen, die sich auf das ganze Sicherheitsproblem bezogen und von denen in der Abmachung über die Besetzung nunmehr ein Teilresultat vorliegt. Es besteht kurz gesagt darin, daß England auf die Forderung der sofortigen militärischen Räumung des Ruhrgebiets durch die Franzosen verzichtet und sich dafür verbindet, ebenfalls in der Kölner Zone zu bleiben wie die Franzosen in der Ruhr. Die Bestimmung, daß die zweijährige Besatzungsfrist durch die Räumung der 15 Millionen Goldmark erleichtert werden kann, bildet dabei Raum eine praktische Rolle, denn man ist hier allgemein überzeugt, daß Deutschland nicht in der Lage sein wird, diese Summe aufzubringen.

Wenn Mac Donald neue Verhandlungen mit der Entfernung einleitete, daß England seine Rheinzone vertragsmäßig räumen wolle, so geschah das gewissermaßen aus taktischen Gründen; denn die französischen Ruhrtruppen hätten in eine schwierige militärische Lage kommen müssen, wenn dieser Plan Wirklichkeit werden wäre. Denn Mac Donald schaffte sich damit eine Möglichkeit, um auf die Haltung Frankreichs in der Garantiefrage einen erheblichen Druck auszuüben und Herriot zu veranlassen, den Verhandlungen der Finanzminister mehr entgegenzukommen. Beide Probleme wurden also in einer Verbindung miteinander verhandelt, und zugleich brachte man auf diese Weise noch eine dritte Frage auf die Welt, die bisher noch Schwierigkeiten gemacht hatte,

nämlich die Eisenbahnfrage.

Welche Vereinbarungen im einzelnen getroffen worden sind, ist vorläufig noch nicht zu erkennen, aber in Konferenzkreisen sind Gerüchte im Umlauf, daß, falls sie sich bestätigen sollten, auf die englische Haltung ein eigenartiges Licht werfen müßten. U. a. verlautet, daß die englischen Truppen nicht nur in Köln bleiben, sondern ihre Besetzung auch auf die frühere amerikanische Zone von Koblenz ausdehnen wollen. Auf über eine Besetzung des Brückenkopfes Kehl durch die Engländer sollen angeblich Verhandlungen im Gange sein. Wie glauben nicht, daß die Verhandlungen bereits eingeleitet sind, aber bereits sehr weit angenommen haben. Das Gange ist offenbar noch in der Entwicklung begriffen und endgültige Entscheidungen werden sicherlich erst zugleich mit der endgültigen Regelung der Wirtschaftsfragen erfolgen. Aber der Abschluß dieser ganzen Entwicklung scheint in der Tat nahe bevorzustehen, vorausgesetzt, daß nicht noch in der Transferierungsfrage neue Hindernisse entstehen sollten. Vom deutschen Standpunkt aus können diese Dinge nicht außerordentlich genug begrüßt werden. Wir legen kein Gewicht auf die ironische Frage, die man hier in französischen Kreisen hören muß: Ob man in Deutschland wirklich glaube, daß die Engländer so schnell aus Köln herauszugehen wollen, daß eine neue französische Stadt geworden sei. Solche Aeußerungen aus französischen Munde belegen nicht viel. Aber was für Deutschland von der denkbar größten Bedeutung ist, ist die prinzipielle Frage, ob sich die beiden Westmächte nun eigentlich an die vertraglich festgelegte Räumungsfrist halten wollen oder nicht, mit anderen Worten: ob Ordnung einkehrt und wirkt nur nicht gegen neue französische Einfälle gesichert werden, sondern sie wäre im Gegenteil durch neue Maßregeln, die ebenfalls auf den „Vertrag" und den „Vertrag" hinausgehen, durch diese gefährdet. Das ist ein unmöglliches Geschäft, auf das sich die deutsche Delegation sicherlich nicht einlassen wird. Sie wird in London keine wichtigere Aufgabe erfüllen als die, in diesem Sinne voltkommenste Klarheit zu schaffen. Es wäre zu begrüßen, wenn sie es möglich machen könnte, schon vor ihrer Londoner Rückkunft ausführlichen Aufschluß darüber zu bringen der englischen Regierung in dieser Frage zu erlangen. Die Londoner Konferenz beschäftigt sich mit dem Finanzbericht, aber die „Geheime Genua-Konferenz", wie Herriot sie bezeichnet, spielt, schreibt, die sich hinter den Kulissen der Londoner Konferenz abspielt, bringt Dinge zusammen, bei denen nichts weniger auf dem Spiele steht als das Schicksal der Rheinlande.

Die Verhandlungen über die Räumungsfrage oder vielmehr über die Besetzungsfrage spielte sich bisher in den privaten Besprechungen der Delegationsführer ab. Aber seit einigen Tagen werden sie beziehungsweise auch von englischen Kriegsministerium und durch die beiderseitigen militärischen Sachverständigen geführt. Vielleicht wäre es angebracht, wenn auch die deutsche Delegation von militärischen Fachleuten begleitet wäre. Sie würden zwar mit der offiziellen Konferenz nichts zu tun haben, könnten aber angesichts der Sachlage in anderer Hinsicht von um so größerem Nutzen sein.

Einigung in der Transfer-Frage.

s. London, 1. 8. (Eigenbericht.)

Die beiden Kommissionen (Transferierungskomitee) hat heute den ganzen Tag ihre Verhandlungen fortgesetzt. Kurz vor 9 Uhr ist die Sitzung aufgehoben worden, mit dem Ergebnis, daß eine Einigung zustande kam, so zu sagen, daß der englische Delegierte Kindersley erklärte, seine Unterschrift erst dann geben zu können, wenn er seiner Regierung Bericht erstattet haben werde. Kindersley ist gegenwärtig mit Snowden und Mac Donald in Beratungen begriffen.

Um 11 Uhr abends wollte die Kommission nochmals zusammentreten, um die endgültige Antwort des englischen Delegierten entgegenzunehmen. Mitteilungen über den Verlauf der Kommissionsverhandlungen sollen erst nach Beendigung der Nachtsitzung gemacht werden. Vorläufig wird nur bekannt, daß die Arbeiten darauf abzielen, Finanzminister Deutschlands bei der Durchführung der Leistungen zu verbinden.

Hoffnungsvolle Stimmung.

London, 1. 8. Heute Nachmittag hat die englische Delegation eine Sitzung gehalten und festgestellt, daß die Lage so weit geklärt ist, daß Mac Donald heute abend nach Chequers reisen und erst morgen vormittag zu der voraussichtlich um 11 Uhr stattfindenden Vollsitzung der Konferenz nach London zurückkehren will. Die Stimmung ist also hoffnungsvoll.

In dem britten Ausschusse ist man über die Transferierung noch nicht völlig einig, aber die Sachverständigen des Ausschusses sollen Mac Donald erklärt haben, daß man wohl noch heute einig werden würde.

Absetzung der Ruhrfrage von der Tagesordnung.

sk. Paris, 1. 8. (Eigenbericht.)

Die heutigen Abendblätter berichten übereinstimmend, daß die Entscheidung im Uebereinsatzverfahren heute nicht mehr zu erwarten sei, wohl aber morgen. Man glaubt allgemeinhin, daß der französische Vorschlag angenommen wird und daß die Ruhrfrage von den Konferenzverhandlungen abgesetzt und dem direkten Verkehrs zwischen Frankreich-Belgien und Deutschland überlassen sei; man glaubt weiter, daß man morgen endlich die Einladung an Deutschland werde übermitteln können. Am 4. August, dem Tage der englischen Kriegserklärung, werden die Deutschen in London anwesend sein und am 5. werden die Verhandlungen mit ihnen beginnen. Optimisten vermuten, daß sie am 8. beendet sein werden.

Sonderfanktionen oder nicht?

sk. Paris, 1. 8. (Eigenbericht.)

Von den bewährten Vorkämpfern der Abendpresse beschäftigt sich nur ein einziger mit der außerpolitischen Lage. Sonst sprechen heute nur die in London befindlichen Korrespondenten. Aus ihren Berichten kann man entnehmen, daß heute eigentlich nur Frankreich den Dawesplan wirklich annehmen wolle. England und Deutschland interessieren sich nur sehr wenig für ihn. Daraus folge, daß die Mächte glauben, Frankreich sei an dem Zustandekommen der Sache besonders interessiert, und man könne ihm daher Bedingungen diktieren. Auf nationaler Seite beschäftigt man sich besonders mit der Frage, ob die alten und neuen Bestimmungen zusammengenommen eine französische Sonderaktion vielleicht doch ermöglichen. Es noch Temperament kommt man zu dem Schluß, daß dieses Recht möglicherweise doch bestehe bzw. auf unverantwortliche Art gespielt werden könne. In der Tat hat sich noch nie ein starker Appell an die Waffen verbieten lassen, und es ist sicher, daß auch die Londoner Konferenzergebnisse an diesem Faktum nichts mehr geändert haben werden.

In der Frage der Ruhrbesetzung befürchtet „Liberté", daß schon in sechs Monaten die französische Flagge nicht mehr in Deutschland wehen werde und daß die Mienen Stinnes der Frankreich zu zahlen müssen. In diesem Zusammenhange sei nebenbei erwähnt, daß „Eclair" bereits zwei außerordentlich lange Artikel für Stinnes Betrachtungen gewidmet hat, aus denen hervorgeht, daß der Erfinder des Dawesplans niemand anders als Herr Stinnes gewesen sei. Ihm sei es gelungen, diesen Deutschland so nützlichen Gedanken den Engländern einzureden. Dies hätte Poincaré gehört und so sei der deutsche Plan gelungen. Daraus würde sich natürlich ganz mühelos erklären, warum der Finanzbericht Deutschland so nützlich ist und warum Deutschland mehr das Wesen der Sache kennen.

„DAZ" = Weltfahrt.

Auf Hanfland-Motorrädern.

Der unserer Jugend innewohnende Drang in die Ferne brachte Hans Waldemar von Wolfersdorff und den Gedanken, die Erde auf einem Motorrad zu umfahren. Das Hanfland-Motorrad in Weltzeise ließ sich bestimmen, ihm und seinen Gefährten, den Technikern Alfred Ottowitz und Hermann Franke die Räder zu stellen. Die Patentzeitschrift Walter Reichert lieferte einen „Zeitzahn". Das Photosportbaus Leitzgang gab Apparate für Lichtbildaufnahmen, und die Deutschen Tachometer-Werke stellten Geschwindigkeits- und Kilometermesser. Alles fehlte nur noch die Reiseuhr, und die „DAZ" verhalf den Hamburgern zum nötigen Geld, obwohl die Wucht auf das Gelingen eines derartigen Unternehmens gering ist. Wir trauen jedoch dem Führer der Expedition die Fähigkeit, Hindernisse zu überwinden und Schwierigkeiten zu behämpfen zu, weil Freiherr von Riesenthal ein beherzter junger Offizier war, der vier Kriegsjahre in einem jener Regimenter überlebte, die immer wieder als Kerntruppen an gefährdete Fronten geworfen wurden.

Seine Reise soll führen durch Tschechien, Oesterreich, Ungarn, Rumänien, Türkei, Persien, Afghanistan, China, Amerika, Portugal, Spanien, Frankreich, Italien und über Tirol nach Deutschland zurück. Herr Franke ist bereits nach Konstantinopel unterwegs.

Die Herren von Riesenthal und Ottowitz brechen am Sonnabend, den 2. August um 10 Uhr 30 Minuten vom Mittenbergplatz in Berlin auf.

Die Unruhe auf dem Balkan.

Außerordentliche Maßregeln.

kbg. Wien, 1. 8. (Eigenbericht.)

Aus Sofia liegen verschiedene Meldungen vor, die als Gradmesser der politischen Beunruhigung auf dem Balkan gewertet werden können. Der bulgarische Ministerpräsident hat die Einberufung eines außerordentlichen Ministerrates verfügt, der besondere Entscheidungen über die Paßsicherung des Landes fassen soll. Die rumänische Regierung läßt erklären, daß der Belagerungszustand wegen kommunistischer Umtriebe und wegen der Irredenta der nationalen Minderheiten angeordnet worden sei. Die Regierung hat alle sozialistischen Kundgebungen am Jahrestag des Kriegsbeginns verboten. Am 8. August beginnt sich eine rumänische Offiziersdelegation nach Prag zum Studium des tschechischen Heerwesens. Die rumänische Regierung hat in Rom über einen Konkordatsvertrag verhandelt, von dem bereits ein Entwurf vorliegt. Er scheint jedoch nicht die Billigung der Regierung zu finden.

Die Hungersnot in Rußland.

hem. Hamburg, 1. 8. (Eigenbericht.)

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Wie die Sowjetzeitung „Izbenesta" meldet, herrscht im Gouvernement Saratow wieder eine Hungersnot. Fast die ganze Ernte ist vernichtet infolge der Trockenheit und der hart an die Grenzlinie angrenzenden Schäden. Es gibt so gut wie kein Getreide mehr in mehreren Gouvernements. Die Anzahl der Hungernden wächst von Tag zu Tag. Täglich finden Lebensmittelschwindeleien statt. Aus dem Gouvernement Woronesch wird gleichfalls gemeldet, daß die Wasserbedeutung sich dort in verzweifelter Lage befindet, da für das Vieh kein Futter aufzutreiben sei. Im Gouvernement Ufa sterben ist infolge der Dürre kein Brot und kein Heu vorhanden. Die Bauern verstecken das Getreide und schlachten das Vieh ab.

Die falsche Rechnung der Repko.

Die Repko hat wieder einmal eine Statistik über die deutschen Leistungen veröffentlicht. Diese letzte Statistik soll die Leistungen bis zum 30. Juni 1924 umfassen. Die Berechnungsmethoden der Repko sind bekannt. Die beruhigtlichen gemäß den Vorschriften des Versailler Diktats nur einen Teil der deutschen Leistungen, welche Deutschland in Ausführung dieses „Vertrags" zu machen hat. Erhebliche Teile der deutschen Leistungen, z. B. das gesamte im Ausland investierte deutsche Eigentum, sind in den Statistiken der Repko nicht enthalten.

Nach der von deutscher Seite aufgestellten Berechnung haben die deutschen Leistungen, wie von Prof. Brentano eingehend dargelegt ist, schon am 31. Dezember 1922 über 41½ Milliarden Goldmark betragen. Seit dem Beschluß dieser Statistik hat Deutschland weitere erhebliche Leistungen bewirkt: Die freiwilligen Leistungen, insbesondere Sachlieferungen aller Art und Leistungen an England gemäß dem Reparation Recovery Act, haben in der Zeit vom 1. Januar 1923 bis 30. Juni 1924 die Höhe von 540 Millionen Goldmark erreicht. Nebenher liefen die den den Einbruchsschäden im Rheinland und Ruhrgebiet entzogenen Lieferungen. Diese Lieferungen können auf annähernd 1 Milliarde Goldmark geschätzt werden.

Der Konsulmord in Teheran.

Die Berliner Kaiserlich Persische Gesandtschaft teilt uns folgendes mit: „Gewisse Nachrichten in europäischen Zeitungen scheinen die Tatsache zu haben, den Eindruck zu erwecken, als ob Soldaten und Regierungspolizei in Teheran sich an der Tötung des amerikanischen Konsuls beteiligt hätten. Diese Darstellung ist in keiner Weise begründet, da aus den neuesten offiziellen Depeschen aus Teheran hervorgeht, daß von Anbeginn an ein Soldat auf dem Kutschbock des Wagens des Konsuls postiert war mit der Aufgabe, den Konsul in Sicherheit zu bringen. Ebenso haben im Verlauf des Zwischenfalls mehrere Militär- und Polizeipersonen ihr Leben eingebüßt; dies beweist, daß sie versuchten, den Konsul vor den Angriffen der Menge zu retten. Die Regierung hat bisher bereits über 200 Verhaftungen vorgenommen und wird das möglichste tun, um die wahren Schuldigen zu entdecken und sie der verdienten Strafe zuzuführen."

Amerika bereitet die Anleihe vor.

e. New York, 1. 8. (Eigenbericht.)

Das amerikanische Bundesreserveamt gestattet den jetzt ab allen Bundesbanken, deutsche Handelswechsel zu kaufen, die in Amerika in Dollars auszuzahlen sind, welche sie den einer deutschen Großbankenbank und von einer amerikanischen Bank inselliert sind. Dadurch wird die amerikanische Finanzierung der für Deutschland nach dem Dawesplan vorgeschlagenen Anleihe begünstigt.

Ein neues Pressegesetz in Italien.

Auch Vertreter der Presse sollen gehört werden.

fr. Rom, 1. 8. (Eigenbericht.)

Der heutige Ministerrat hat beschlossen, einen neuen Gesetzentwurf über die Behandlung der Presse auszuarbeiten, was darauf schließen läßt, daß das jetzige Preßgesetz nur provisorischen Charakter besitzt und durch eine verfassungsmäßig vom Parlament genehmigte Verordnung über die Preßdelikte ersetzt werden soll. Zu diesem Zwecke wird ein Kommissionsausschuß gebildet, in dem auch der Presseverein einen Vertreter erhalten soll. Die Regierung hat beschlossen, die Souveränität des Rechts des Staates demnächst genauer umschreiben zu lassen.

Das neue Milizreglement.

fr. Rom, 1. 8. (Eigenbericht.)

Das neue Reglement für die freiwillige Miliz ist heute vom Ministerrat genehmigt worden. Die bisherige, den römischen Legionen nachgebildete Hierarchie der Miliz wird beibehalten. Als ihre besondere Aufgabe wird der militärische Unterricht und die Waffenübungen an den Rekrutenschulen bezeichnet. Die Miliz bleibt dem Ministerpräsidenten unterstellt. Ihre Angehörigen müssen zum Kreise Treue schwören und sind den gleichen Disziplinarverfügungen unterworfen wie die Angehörigen des Heeres. Sie können unter den moralisch, physisch und politisch geeigneten Personen von 18 bis 50 Jahren ausgehoben werden. Statt des bisherigen dreiköpfigen Kommandos wird die Miliz in Zukunft einem einzigen Oberkommandanten unterstellt, der dem Grade eines Korpskommandanten gleichgestellt ist.

fr. Rom, 1. 8. (Eigenbericht.) Der heutige Ministerrat hat das Abkommen mit England über die Abtretung des Jubalandes an Italien genehmigt und einen Oberkommissar mit der Uebernahme betraut.

fr. Rom, 1. 8. (Eigenbericht.) Nach langwierigen Verhandlungen hat die italienische Regierung von den verbündeten Regierungen die Genehmigung erlangt, einen eigenen Kabel nach den Azorischen Inseln zu legen, von wo es von der amerikanischen Westtrasse (Kabel) mit New York verbunden wird, so daß Italien im Herbst eine eigene Kabelverbindung mit den eigenen Staaten erlangt.

fr. Rom, 1. 8. (Eigenbericht.) Der Hafenarbeiter von Triest hat in den ersten fünf Monaten des Jahres wieder den Umfang des Hafenverkehrs erreicht und man zählt 3 2578 Tonnen überschritten. Der Gesamtverkehr betrug nämlich 2 701 226 Tonnen gegenüber 1 429 898 Tonnen im Jahre 1926.

Die Lage in Brasilien.

Paris, 1. 8. (W. T. B.) Nach den in Paris vorliegenden New Yorker Blättermeldungen soll General Lopez an der Spitze der brasilianischen Aufständischen Rio Grande do Sul verschränkt nach Porto Allegre zu erzwingen und dort eine neue Regierung einsetzen.

Aegyptisches Neujahrsfest.

Das ägyptische Konsulat teilt mit: Das ägyptische Konsulat wird anläßlich des heutigen (Sonnabend) Neujahrsfestes (El Hijra) nicht. Das Konsulat wird anläßlich einer Feier die ägyptische Kolonie und alle Mohammedaner empfangen.

Vertagung der griechischen Nationalversammlung.

kbg. Wien, 1. 8. (Eigenbericht.)

Nach Meldungen aus Athen hat sich die griechische Nationalversammlung am 31. Juli nach Erteilung eines Vertrauensvotums für die Regierung bis zum 5. Oktober vertagt.

Athen, 1. 8. (E. U.) Die griechische Nationalversammlung sprach gestern abend der neuen Regierung Sophoulis ihr Vertrauen mit 181 gegen 141 Stimmen aus. Während der Debatte entschuldigte sich der Admiral Kakoulidas bei dem Marineminister Admiral Hadjerakos, weil er ihn in der letzten Woche in den Wandelgängen der Kammer niedergeboxt habe. (!)

Der russische Botschafter Krestinski wird am Sonntag in Berlin erwartet.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	1. 8.	31. 7.		1. 8.	31. 7.
Berlin	23½ G.	24 B	London	3.8.20	3.8.18
Mächtige niedrigst.	keine Umsätze		Madrid	18,58	18,60
Amsterdam	40,17	40,12	Oslo	19,68	18,06
Paris	5,14½	4,98½	Prag	2,96	2,96
Brüssel	4,66	4,54	Wien	4,83	4,83
Zürich	19,26	19,24	Kopenh.	18,36	18,33

New York, Produktenmarkt.

	1. 8.	31. 7.		1. 8.	31. 7.
Weizen, Sept.	14,72	14,72	Zucker	19,25	19,25
Dez.	14,92	14,92	Kupfer	5,50	5,50
Mais, Sept.	14,17	14,40	Baumwolle	14,45	14,42½
Dez.	13,77	13,93	Talg	8½	8½
Hafer, Sept.	13,47	13,62	Kaffee	13,50	13,50
Dez.	13,32	13,34	Petroleum	12,89	12,14
Schweine, Sept.	30,95	32,40	Leinsaat	3,25	3,25
Dez.	27,90	28,87	Zinn	3,80	3,30
Speck, Sept.	27,92	28,95	Blei	3,40	3,40
Okt.	27,95	28,93	Weizenmehl	8,45	8,45
Dez.	27,35	28,22	Reis	7,75	7,75
Schmalz, Sept.	6,00	6,00	Kaffee, Rio	26,60	29,42
Okt.	6,05	6,05			

	1. 8.	31. 7.		1. 8.	31. 7.
Weizen, Okt.	144½	146	Mais, Okt.	5,65-6,15	5,65-6,15
Mais	147½	149	Roggen, Sept.	1 ah 8 d	1 ah 8 d
Mais	136½	134½	Kaffee	7 cts.	7 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	1. 8.	31. 7.		1. 8.	31. 7.
Weizen, Sept.	130½	132½	Baumwoll. Okt.	13,55	13,50
Dez.	134½	135½	Rippen, Sept.	12,20	12,00
Mais, Sept.	111½	107½	Speck	12,25	12,25
Dez.	99½	94½	Schweine, leichte	9,00	9,40
Hafer, Sept.	46½	49	Schweine, schwere	9,65	10,00
Dez.	51½	—	Schweine, gemischt	9,00	9,80
Roggen, Sept.	94½	—	Schweine, Schlachtgewicht	9,55	9,75
Dez.	96½	100½	Schlachtvieh	40 000	35 000
Schmalz, Sept.	13,47½	13,42½	Schafe	88 000	96 000

Das deutsche Votum.

Nachdem in den letzten Tagen die englische Regierung den Garantiepakt des Völkerbundes verworfen hat, ist nun auch ein höchst beachtenswertes deutsches Gutachten hierüber in Genf eingetroffen, abgegeben von einem Gremium von Parlamentariern und Sachverständigen. Die Meinungsäußerung wird besonders gekennzeichnet durch den Namen wie Hoff, Hoetsch, Schiffer und Graf Montgelas. Der Gegenstand des behandelten „Vertrages zur gegenseitigen Unterstützung", wie es so drau und bieder heißt, ist hervorgegangen aus englischen Entwürfen Lord Robert Cecils, dessen mehr oder weniger wohlmeinende Absichten, wie wir es kaum anders mehr gewohnt sind, von französischen Gegenvorschlägen, und zwar solchen des Chefsten Kequin vergewaltigt worden. Werfen wir zunächst einen kurzen Blick auf die leitenden Gedanken des unter Kritik gestellten Garantiepaktes. Ausgehend von dem Verbot des Angriffskrieges wird hier dem angegriffenen Teile sicherlich Unterstützung zugesichert. Auf Grund der hierdurch gebotenen Sicherheit sollen sich alle Vertragsteilnehmer verpflichten, an einem allgemeinen Abrüstungsplan mitzuarbeiten. Dieser soll in einer Weise fortgesetzt werden, daß jeder Vertragspartner hat vielmehr selbst die Bewerzung der eigenen Rüstungen zu bestimmen. Nach freiem Ermessen können sich die Grenznachbarn durch Errichtung entmilitarisierter Zonen weitere Sicherheiten schaffen. Im übrigen aber sollen nach Art. 14 die Rechte und Pflichten aus dem Friedensdiktate in keiner Weise berührt werden.

Man kann mit Genugtuung feststellen, daß die Unterzeichner des deutschen Gutachtens, die doch trotz aller Sachverständigenzugehörigkeiten prominente Vertreter verschiedener Parteien und Weltanschauungen sind, sich endlich einmal in einer nationalen und außenpolitischen Frage auf dem gleichen Boden zusammenfinden. In der deutschen Antwort wird zunächst entwickelt, daß die beabsichtigte Feststellung des Angreifers innerhalb der vorgesehenen Frist von vier Jahren tatsächlich in der großen Mehrzahl der Fälle unmöglich sein dürfte. Solche Feststellung verlangt Zeit, „so viel Zeit, wie sie eigentlich nur die Wissenschaft hat". Auch die Ausstattung des Bundesrates und das Bedenkenfissen eines politischen und militärischen Oberbefehlshabers zur Leitung der gegenseitigen Unterstützung wird mit vollem Recht verworfen. „Seine Mitglieder sind nach politischen Geschäftsnöten ausgewählt; sie handeln nicht nach eigener Ueberzeugung und Verantwortung, sondern nach Weisungen ihrer Regierungen." Während trotz berechtigter starker Bedenken der Völkerbundsrat wenigstens die Möglichkeit hätte, von Fall zu Fall zu urteilen und zu handeln, bedeutet die Zulassung der sog. „defensiven Ergänzungsabkommen" nichts weiter wie die Ausschaltung des Falles in allen deutsch-französischen Angelegenheiten und die Zerstörung der französischen Militärkonventionen, die sich doch in erster Linie gegen Deutschland richten, und die ihren Sinn und Wertinhalt verlieren, wenn Art. 8 automatisch gegen uns bei einem ernsten Streitfall in Kraft treten würden.

Eine ungemein wichtige Forderung erhebt das Votum, wenn es sagt: „Die in dem Entwurf vorgesehene Unterstützung wird sich erst dann durchführen lassen, wenn die Ungleichheiten des Rüstungsstandes in der Weise ausgeglichen sind, daß der Umfang der zulässigen Rüstung nur noch von objektiv festgestellten Bedürfnis an der einen Stelle erhöht, an der anderen herabgesetzt wird." Es ist damit der Forderung der großen Masse des deutschen Volkes nach Wiederherstellung seiner Wehrhaftigkeit und Gleichberechtigung in beredter Weise Ausdruck verliehen, einer Forderung, auf die wir auch nach dem Friedensdiktat Art. 8 und der Einleitung seines Teil V ein unverzichtbares Recht haben.

Die völlig abfurde Idee, daß durch diesen Pakt die Rechte und Pflichten aus den Friedensdiktaten nicht berührt werden dürfen, würde Deutschland nur neue Pflichten auferlegen und seine Sicherheit noch weiter wie bisher gefährden. Das geistvolle des Gutachten in den Sätzen: „Das wahre für Deutschland wäre es, wenn es dem Vertrage beiträte, eine völlig unerträgliche Zwitterstellung und eine kaum abmehbare Gefahr bedeuten. Bis zu fast völliger Ohnmacht entmaßtet, hätte es damit zu rechnen, wenigstens und wehrlos in alle möglichen Konflikte hineingezogen zu werden und sein ungeschütztes Gebiet zum Schlachtfeld fremder Mächte herzugeben zu müssen. Schon die Erfüllung der Verpflichtung,